

Druck auf die Privaten

Medienaufseher wollen Nachrichten erzwingen

Die Landesmedienanstalten probieren es mit dem Zuckerbrot, die Peitsche kommt später – bei Bedarf. Die Direktoren der Medienaufsicht fordern die Privatsender in einem Positionspapier auf, sich mit einer Selbstverpflichtung zur Bedeutung von Nachrichten und Informationsmeldungen zu bekennen und für „einheitliche Standards“ zu sorgen. Andernfalls werde man die Anforderungen an die Voll- und die Informationspartenprogramme in einer Richtlinie verdeutlichen. Um die Nachrichten zu erhalten, sei auch ein „Anreizsystem“ denkbar. Falls das alles nicht fruchte, werde man den Gesetzgeber auffordern, den Privatsendern striktere Vorgaben für ihr Informationsprogramm zu machen. Das neunseitige Papier, das die Direktorenkonferenz der Landesmedienanstalten (DLM) beschlossen hat, ist im Ton verquast, in der Aussage jedoch eindeutig. Es ist ein Ultimatum in vier Stufen.

Es gebe „akuten Handlungsbedarf“, schreiben die Landesmedienchefs, der Umfang der Nachrichten habe sich bei einigen Privatsendern seit 1998 halbiert. Sie hätten das eigentlich Selbstverständliche schleifen lassen, deshalb gelte es nun zu handeln. Nachrichten dürften im Privatfernsehen kein Mauerblümchendasein führen, sie seien „Wesensmerkmal“ des Rundfunks. Dies gelte zumal, da die privaten Sender ein vorwiegend jüngeres Publikum erreichen.

Gemünzt ist das auf die knappen Nachmittagsnachrichten bei Vox, vor allem aber auf den Sparkurs der Pro-Sieben-Sat.1-Gruppe, die sich von dem konzern-eigenen Nachrichtensender N24 trennen will. Der Konzernchef Thomas Ebeling hatte angekündigt, dass er die Nachrichtensendungen mit sehr viel weniger finanziellem Aufwand erstellt sehen und – dem Verkauf von N24 folgend – auslagern will. Einige Landesmedienchefs wollen die Privatsender auf selbstproduzierte Nachrichten zwingend verpflichten. Diese Haltung hat sich – vorerst – nicht vollends durchgesetzt, klingt in dem Papier aber an. Nur eines wird den Sendern nicht direkt abverlangt: Wie viel Geld sie für Nachrichten einsetzen, in der Debatte war eine Summe von dreißig Millionen Euro pro Jahr bei den großen Sendergruppen.

3. März 2010

FAZ

Bei RTL kommt die Initiative nicht gut an. „Wir gehen nicht davon aus, dass wir allen Ernstes mit diesem Papier gemeint sind“, sagte der RTL-Sprecher Christian Körner. „Bei uns hat sich auch kein Regulierer mit Kritik an unseren Informationsangeboten gemeldet.“ Sein Kollege Julian Geist von Pro Sieben Sat.1 sagte auf Anfrage zurückhaltend, man sei an einem sachlichen Dialog interessiert. Beim Privatsenderverband VPRT hat man verstanden: Der private Rundfunk bekenne sich zu seiner gesellschaftlichen und publizistischen Verantwortung „und braucht hierzu keine durch Drohszenarien hinterlegten Belehrungen der Landesmedienanstalten“, sagte der VPRT-Präsident Jürgen Doetz.

Fortführen wollen die Landesmedienanstalten den Diskurs mit den Chefs der Sendergruppen – mit Anke Schäferkordt von RTL, Thomas Ebeling von Pro Sieben Sat.1 und dem VPRT-Chef Doetz. Eine Vorladung bekamen diese mit dem Positionspapier ins Haus, in der nächsten Woche bitten die Medienaufseher zu einem Symposium nach Berlin, Titel: „Was nun, Herr Ebeling?“

MICHAEL HANFELD